



GESAMTELTERNBEIRAT DER LANDESHAUPTSTADT STUTTGART

Antrag für den Schulbeirat

Stuttgart, den 18. Juni 2009

Die Vertreter des Gesamtelternbeirates der Stuttgarter Schulen stellen den Antrag, folgende Forderungen im Schulbeirat zu beraten, um sie anschließend in den Gemeinderat im Rahmen der Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2010/2011 einzubringen.

Das Thema Bildung ist sowohl in der Gegenwart aber auch in der Zukunft ein so zentrales Thema für unsere Gesellschaft, dass sich Sparmaßnahmen in diesem Bereich absolut verbieten.

a) Schulsozialarbeiter für jede Stuttgarter Schule

Es wird beantragt, dass jede Stuttgarter Schule einen Sozialarbeiter und eine Sozialarbeiterin bekommt. Die vielfältigen Themen, Probleme und Auffälligkeiten, die die Schüler und Schülerinnen heute mit sich bringen, brauchen unsere Aufmerksamkeit im Sinne von präventiver Arbeit anstatt eines Reparaturbetriebes. Die Lehrkräfte sollten sich mehr auf ihre originäre Aufgabe konzentrieren können. Außerdem halten wir es für notwendig, dass die Schüler Ansprechpartner an der Schule haben, die unabhängig vom Schulbetrieb sind. Trotzdem ist eine enge Kooperation und Teamarbeit zwischen Lehrkörper und Schulsozialarbeit unabdingbar.

Erweiterung auf die Förderschulen 6 x 50% Stellen + noch jeweils eine fehlende halbe Stelle für HS Weilimdorf und Rohr = 4 Stellen = ca. 170.000 € Nichts für Realschulen und Gymnasien

b) Aufstockung von pflegerischen Kräften an Sonderschulen für geistig und körperlich behinderte Kinder, aber auch an Regelschulen, die behinderte Kinder aufnehmen

Wir halten es für dringend notwendig, dass sowohl an Sonderschulen als auch an entsprechenden Regelschulen mehr festes Personal angestellt wird (Krankenschwestern, Kinderpflegerinnen, aber auch dringend mehr Zivildienstleistende, da diese z. Zt. nur noch 9 Monate Dienst tun)

Es werden 4,81 neue Stellen geschaffen, 1,17 bereits im Vorgriff neu besetzt.

c) Erhöhung der Schuletats

Die Schuletats haben in der Vergangenheit mit der Entwicklung der Preise nicht Schritt gehalten, sondern waren im Gegenteil noch zusätzlich Sparverpflichtungen unterworfen. Wir fordern, dass die derzeitigen Etats verdoppelt werden und sich zukünftig in Höhe der jeweiligen amtlich festgestellten Inflationsrate automatisch anpassen. Es muss eine Ansparmöglichkeit für größere Anschaffungen geben. Zudem erwarten wir die tatsächliche Umsetzung der Lernmittelfreiheit für alle Lernmittel. Aber auch die Mittel für die Lehrmittel müssen deutlich erhöht werden. Zusätzlich braucht jede Lehrkraft einen Laptop oder jedes Klassenzimmer einen vernetzten PC, um die Nutzung zeitgemäßer Medien im Unterricht voranzutreiben.

Die Unterhaltskosten für bereits gebaute Küchen bzw. Kantinen (durch IZBB) müssen bei der Höhe der Schuletats ebenfalls berücksichtigt werden.



Der Lernmitteletat wurde um 630.000 € angehoben (530.000 € Nachholbedarf, 100.000 € für die doppelte Kursstufe). Zur Gegenfinanzierung wurde der Zuschuss zum Scoolabo von 7,70 € auf 3 € gekürzt.

d) Energetische Schulhaussanierung

Entsprechend der Grund- und Hauptschule Plieningen (Projekt Moses) sollten möglichst rasch alle Schulen energetisch auf den neuesten Stand gebracht werden. Dabei erwarten wir, dass mit der Sanierung von 20 Schulen im ersten Jahr begonnen wird. In den Folgejahren sollten die durch die Sanierung eingesparten Mittel sofort wieder investiert werden, um die Gesamtsanierung schnellstmöglich zu erledigen. Diese Schulhaussanierung sollte bis 2017 abgeschlossen sein. Ganz im Sinne der Ziele des Klimaschutzabkommens bis 2020.

Geht unter im Programm zum Abbau des Sanierungsstaus, bis 2015 420 Mio.; siehe getrennte Aufstellung.

e) Ganztageschulen – Aufenthaltsräume und Betreuung

Da immer mehr Kinder und Jugendliche bedingt durch den Stundenplan den ganzen Tag in der Schule sind, fordern wir den Ausbau von Ganztageschulen. Eine funktionierende Ganztageschule benötigt Lehrpersonal, entsprechend ausgebildetes und qualifiziertes Betreuungspersonal, geeignete Räumlichkeiten, gesunde Ernährung.

Bis zur flächendeckenden Umsetzung der Ganztageschule muss als Übergangslösung dafür gesorgt werden, dass für die Schülerinnen und Schüler, die zwischen Vormittags- und Nachmittagsunterricht nicht nach Hause gehen können, angemessene Aufenthaltsräume und entsprechendes Betreuungspersonal zur Verfügung stehen. Dies gilt auch für die Grundschulkinder, die im Rahmen der „Verlässlichen Grundschule“ betreut werden. Dabei muss für die Verlässliche Grundschule die räumliche und personelle Ausstattung der regulären Horte der Maßstab sein.

Wir fordern, dass jede Familie überall in Stuttgart einheitliche Standards der Betreuung vorfindet. Um das zu gewährleisten muss diese Betreuung unter einheitlicher Trägerschaft stattfinden.

Weiterer Ausbau mit 80.000 € - hat aber nahezu nichts mit unseren Forderungen zu tun. Für den regelmäßigen geplanten Ausbau fehlen noch 8 Mio.

f) Naturwissenschaftliche Räume

Die Geschwindigkeit des Ausbaus der naturwissenschaftlichen Räume geht unserer Ansicht nach zu schleppend vor sich und muss deutlich beschleunigt werden. Da es der Bildungsplan verlangt, hat jeder Schüler in Stuttgart auch Anspruch darauf, danach unterrichtet zu werden.

Ausbauprogramm läuft weiter im bisherigen Umfang.

g) Schulsekretärinnen / Verwaltungsbeamte

Wir fordern die Verdoppelung der Zuteilungszahlen für die Schulsekretariate. Zusätzlich muss jede Schule noch einen Verwaltungsassistenten bekommen, um den erheblich gestiegenen Verwaltungsanforderungen des laufenden Betriebes gerecht zu werden.

Bei 156,33 Stellen wurden bisher weitere 6 Stellen bewilligt – statt einer Steigerung von 100 % gerade mal 4%



h) Reinigungskräfte und Hausmeister

Wir fordern, dass mehr Hausmeisterstellen geschaffen werden. Dies schafft Raum für einen ausschließlich für seine Schule zuständigen Stammhausmeister, der durch einen Hausmeisterpool ergänzt wird. Ein Teil der so zusätzlich verfügbaren Stunden soll für eine effektivere Qualitätskontrolle der Reinigungsarbeiten genutzt werden.

*Verbesserung der Reinigung finanziert durch **Absenkung der Zuschüsse für Privatschulen um 25%**.*

i) Verbesserung der Kommunikationsmöglichkeiten der Schulen

Gerade der Amoklauf in Winnenden hat gezeigt, dass es Mängel in der Notfall-Kommunikation zwischen den Schulen untereinander, zwischen Schulamt und Schulen aber auch innerhalb der Schulen selbst gibt, ebenso in der Kommunikation von und nach Außen. Die Kommunikationsmöglichkeiten müssen dem Stand der aktuellen Technik angepasst werden.

Im September 2009 als Sofortmaßnahme Instandsetzung bisher nicht funktionierender Pausen/Signalanlagen. (insgesamt 0,5 Mio).